



DIE LINKE. Ratsfraktion Remscheid

Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Remscheid
Schützenstraße 62
42853 Remscheid

Telefon: 0 21 91/951 36 82
Fax: 0 21 91/951 37 31
Email: fraktion@dielinke-remscheid.de
Internet: www.dielinke-remscheid.de

Fraktion im Rat der Stadt Remscheid

Montag, 14. November 2022

Antrag

der Fraktion

Anrechnung staatlicher Einmalzahlungen stoppen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Mast-Weisz,

Die Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Remscheid bittet Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Rats am 17.11.22 zu setzen und abstimmen zu lassen:

1. Die Satzungen der Stadt Remscheid über die Erhebung von Beiträgen für die Nutzung von Plätzen in Tageseinrichtungen für Kinder, für die Inanspruchnahme von Kindertagespflege und für die Teilnahme an außerunterrichtlichen Angeboten Offener Ganztagschulen im Primärbereich vom 01.08.2021 werden um folgenden Punkt ergänzt:

1.1 § 6 Einkommensermittlung

„(1) Jahreseinkommen im Sinne dieser Satzung ist die Summe der positiven Einkünfte der Beitragspflichtigen im Sinne des § 2 Abs. 1 und 2 des Einkommensteuergesetzes (Bruttoeinnahmen). Ein Ausgleich mit Verlusten aus anderen Einkunftsarten und mit Verlusten des zusammen veranlagten Ehegatten ist nicht zulässig. Dem Einkommen sind steuerfreie Einkünfte, Unterhaltsleistungen sowie die zur Deckung des Lebensunterhaltes bestimmten öffentlichen Leistungen für die Eltern und das Kind, für das der Beitrag gezahlt wird, hinzuzurechnen. Ausnahmen:

- a) **Staatlich Einmalzahlungen** für Bürgerinnen und Bürger durch die Bundes- oder Landesregierung NRW oder die Kommune Remscheid im Zuge der Energie- oder Inflationskrise, werden bei der Beitragsberechnung für KiTa- oder OGS-Gebühren nicht zum Jahreshaushaltseinkommen hinzugerechnet.

Begründung:

Unsere Fraktion ist nach wie vor der Meinung, dass frühkindliche Bildung generell kostenfrei sein muss. Doch bis sich die entsprechenden politischen Mehrheiten dazu gebildet haben, sollte wenigstens das Beitragswesen für die Nutzung von KiTas, Kindertagespflege und OGS fairer gestaltet werden.

Viele Bürgerinnen und Bürger leiden finanziell erheblich unter den aktuellen Preissteigerungen. Deswegen haben Bund, Länder und Kommunen bereits einige sogenannte Entlastungspakete auf den Weg gebracht oder planen dies zukünftig zu tun. Einige Maßnahmen äußern sich in direkter finanzieller Unterstützung, wie z.B. die sogenannte Energiepauschale. Diese werden laut der aktuellen Satzung zur Erhebung von Beiträgen aber zum normalen Bruttojahreshaushaltseinkommen hinzugerechnet. Dies könnte für einige Familie gravierenden Folgen haben. Einige Bürgerinnen und Bürger sprachen uns bereits darauf an, dass sie mit den Einmalzahlungen in der Beitragstabelle eine Stufe höher steigen. Dazu ein Beispiel:

Eine Familie mit einem Bruttojahreseinkommen von 51.000 Euro zahlt für eine 45-Stunden Betreuung ihres Kindes in einer Remscheider KiTa monatlich aktuell 136,00 Euro Beitragsgebühren. Bekämen beide Elternteile die Energiepauschale von 300 Euro, würde ihr Jahreseinkommen danach 51.600 Euro betragen. Dadurch würden sie eine Beitragsstufe hochrutschen und müssten zukünftig monatlich 210 anstatt 136 Euro zahlen. Das würde für sie 888 Euro Mehrkosten pro Jahr bedeuten - anstatt 600 Euro Zugewinn durch die Energiepauschale.

Das Beispiel zeigt, wie Entlastungspakete die Bürgerinnen und Bürger möglicherweise mehr be- als entlasten könnten, was den eigentlichen Zweck der Maßnahmen konterkarieren würde. Insofern sollten solche finanziellen Unterstützungen bei Beitragsberechnung für KiTa- oder OGS-Gebühren nicht zum Jahreseinkommen hinzugerechnet werden!

Aus diesen Gründen sollte die aktuelle Satzung um den angesprochenen Punkt erweitert werden.

Mit freundlichen Grüßen

Remscheid, den 14.11.22

Gez.:

Brigitte Neff-Wetzel
(Fraktionsvorsitzende)

Gez.:

Peter Lange
(Ratsmitglied)

Gez.:

Axel Behrend
(Ratsmitglied)

